



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

6 StR 161/24

vom
15. Mai 2024
in der Strafsache
gegen

wegen Vergewaltigung u.a.

Der 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat am 15. Mai 2024 beschlossen:

1. Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Schweinfurt vom 16. November 2023 wird
 - a) das Verfahren im Fall II.2 der Urteilsgründe eingestellt; im Umfang der Einstellung trägt die Staatskasse die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeklagten;
 - b) das Urteil dahin geändert, dass der Angeklagte der schweren Vergewaltigung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung schuldig und deshalb zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt ist.
2. Die weitergehende Revision wird verworfen.
3. Der Beschwerdeführer hat die verbleibenden Kosten seines Rechtsmittels und die der Nebenklägerin im Revisionsverfahren entstandenen notwendigen Auslagen zu tragen.

Gründe:

- 1 Das Landgericht hat den Angeklagten wegen schwerer Vergewaltigung in Tateinheit mit Freiheitsberaubung und wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Beleidigung und Bedrohung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Die auf die Rügen der Verletzung formellen und materiellen Rechts gestützte Revision des Angeklagten hat mit der Sachrüge den aus der Beschlussformel ersichtlichen Erfolg (§ 349 Abs. 4 StPO); im Übrigen ist sie unbegründet im Sinne des § 349 Abs. 2 StPO.

2 1. Die Verurteilung im Fall II.2 der Urteilsgründe hat keinen Bestand, weil
insoweit ein wirksamer Eröffnungsbeschluss fehlt.

3 Die Staatsanwaltschaft hat mit Einreichung der Anklageschrift vom 1. Juni
2023 beim Landgericht Anklage im Fall II.2 der Urteilsgründe erhoben. In der
Sitzung vom 30. Juni 2023 hat die mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen
besetzte Strafkammer insoweit die Eröffnung dieses Hauptverfahrens und die
Verbindung mit dem bereits durch Beschluss vom 22. Mai 2023 eröffneten Ver-
fahren im Fall II.1 der Urteilsgründe verkündet, den Eröffnungsbeschluss jedoch
nicht in der für diese Entscheidung vorgesehenen Besetzung mit drei Berufsrich-
tern (§ 199 Abs. 1 StPO i.V.m. § 76 Abs. 2 GVG) gefasst.

4 Dies stellt ein in diesem Verfahren nicht mehr behebbares Verfahrenshin-
dernis dar, das insoweit die Einstellung des Verfahrens nach § 206a Abs. 1 StPO
zur Folge hat (vgl. BGH, Beschluss vom 18. Juli 2019 – 4 StR 310/19).

5 2. Die Einstellung führt zur Änderung des Schuldspruchs und zum Weg-
fall der Strafe im Fall II.2 der Urteilsgründe sowie der Gesamtstrafe (§ 354
Abs. 1 StPO analog).

Sander

Feilcke

Tiemann

von Schmettau

Arnoldi

Vorinstanz:

Landgericht Schweinfurt, 16.11.2023 4 KLS 8 Js 12764/22